

**Stadtverordnetenversammlung  
Brandenburg an der Havel**

Fraktion DIE LINKE

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Antrag Nr.:	<b>275/2020</b>
Datum:	15.10.2020
zur Behandlung in <b>öffentlicher Sitzung</b>	

**Beschlussantrag an die Stadtverordnetenversammlung**

**Betreff:** Anonyme Spurensicherung im Städtischen Klinikum ermöglichen

**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
04.11.2020	Jugendhilfeausschuss
05.11.2020	Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Senioren
16.11.2020	Hauptausschuss
25.11.2020	Stadtverordnetenversammlung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. sich dafür einzusetzen, dass ab dem Jahr 2021 eine anonyme Spurensicherung für Betroffene von sexualisierter Gewalt im Städtischen Klinikum in Brandenburg an der Havel angeboten wird.
2. Die Stadt Brandenburg an der Havel wird dieses Angebot bekannt machen und dazu mit der Opferhilfe in Potsdam und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburgs zusammenarbeiten.

.....  
Unterschrift/en

### **Begründung:**

Betroffene einer Vergewaltigung sollten die Möglichkeit haben, sich anonym medizinisch untersuchen zu lassen. Die Entscheidung, eine Anzeige zu stellen, fällt vielen Betroffenen direkt nach der Tat schwer. Aus Angst oder Scham bleiben so Opfer medizinisch unversorgt und nehmen keine Hilfe in Anspruch.

In 4 Kliniken (Potsdam, Cottbus, Frankfurt und Neuruppin) haben Betroffene von sexualisierter Gewalt bereits die Möglichkeit, anonym Spuren sichern zu lassen – ohne sofort Anzeige erstatten zu müssen. Diese Entscheidungsfreiheit gibt es in Brandenburg an der Havel bisher nicht.

Die Stadt Brandenburg hat ein gut ausgestattetes städtisches Klinikum, für das dieses Angebot ohne großen Aufwand umsetzbar ist. Derzeit werden die Kosten für die anonyme Spuren-sicherung in den 4 Kliniken vom Land getragen, es wird aber voraussichtlich bald in die Hände der Krankenkassen übergehen. Die Verhandlungen dazu sind derzeit, laut Anfrage an die Ministerin Nonnemacher, nicht abgeschlossen. Bis dies gegeben ist, sollte die Kommune die Kosten tragen. Die Materialien werden zudem als Spurensicherungsboxen zur Verfügung gestellt, so dass hier keine Kosten entstehen. Das gynäkologische Personal der Klinik erhält eine Fortbildung für den Umgang mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt, was aber auch ohne die Möglichkeit der Anonymität wünschenswert ist. Für die Klinik und die Kommune sind langfristig (nach Abschluss der Verhandlungen) keine direkten Kosten mit dieser Maßnahme abzusehen. Vielmehr zeigt die Stadt damit, dass sie für die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt eintritt, Hürden herabsetzt und Betroffene aktiv unterstützt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

### **Anlagen:**